

2. Resolution des „Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V.“

KMW-Kohlekraftwerk: Vorbescheid zu Unrecht erteilt!

Mainz/Wiesbaden 27.01.2009

Trotz 60.000 Einwendungen, klarer Voten der Stadtparlamente von Mainz, Wiesbaden und des Kreistages des Rheingau-Taunus-Kreises, zahlreicher während des Erörterungstermins aufgezeigter Mängel des Antrags sowie mehrerer für die Kraftwerke Mainz Wiesbaden AG (KMW) negativer Gutachten (z.B. zum Landschaftsschutz) hat die SGD Süd als Genehmigungsbehörde am 20.01.09 die Immissionsschutzrechtliche Voranfrage für das von den KMW geplante Kohlekraftwerk positiv beschieden. Die hierbei verhängten vorgeblich „strengen Auflagen“ umfassen nur das, was ab 2010 sowieso EU-Norm sein wird. Obwohl dieser Vorbescheid nicht mit einer Bau- und Betriebsgenehmigung gleichgesetzt werden kann, und die Frage des Baurechts noch nicht abschließend juristisch geklärt ist, will die KMW sofort mit den ersten Bauabschnitten beginnen. Wir, die Unterzeichner, kündigen unseren Widerstand gegen diese Entscheidung an, da sie dem erklärten Willen vieler Bürgerinnen und Bürger und den Beschlüssen ihrer gewählten Vertreter/-innen klar zuwiderläuft. Die Breite dieses Bündnisses aus Politik, Verbänden, Kommunen und Zivilgesellschaft zeigt, dass dieses Anliegen über alle sonst vorhandenen Meinungsverschiedenheiten hinweg eine ganze Region verbindet. Es ist unverständlich und nicht hinnehmbar, dass ein kommunales Unternehmen unter dem Deckmantel des Aktienrechts eine Geschäftspolitik verfolgt, die die erklärten Absichten der Eignerstädte, vertreten durch ihre Parlamente, einfach ignoriert. Wir fordern die Magistrate und besonders die Oberbürgermeister beider Städte auf, demokratische Beschlüsse nicht weiter mit Verweis auf die unternehmerische Freiheit der KMW zu behindern, sondern sich aktiv und verantwortlich an deren Umsetzung zum Stopp des geplanten Importkohle-Großkraftwerks zu beteiligen.

Die klar formulierten Einwände vieler Nachbargemeinden, von Verbänden, von Ärzteorganisationen, von Atmosphären- und Wirtschaftswissenschaftlern, der Kirche, des Natur-, Umwelt- und Denkmalschutzes, ja der ganzen Region wurden im bisherigen Genehmigungsverfahren in nicht akzeptierbarer Weise ignoriert, indem das sachlich und inhaltlich gebotene Raumordnungsverfahren nicht eingeleitet und die Forderung nach einem gültigen Bebauungsplan als Rahmen dieses industriellen Großprojektes aus vorgeblich wirtschaftlichen Erwägungen blockiert wurde. Wir fordern, dass die berechtigten Anliegen einer ganzen Region nicht mehr hinter den Wünschen eines Unternehmens zurückstehen müssen, das durch diesen Alleingang die Akzeptanz und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger riskiert und sich seiner Verantwortung als regionaler Energieversorger entzieht.

Die Unterzeichner/-innen werden geleitet vom ernstesten Bemühen, Schaden von den KMW und ihren Haupteigentümern/-innen, den Bürgerinnen und Bürgern von Mainz und Wiesbaden, abzuwenden. Dieser Schaden droht durch den Bau eines unzeitgemäßen Grundlastkraftwerks, das in keiner Weise auf die durch den Klimawandel gebotene Energiewende, die Regeln nachhaltigen und ökologischen Wirtschaftens sowie die Bedürfnisse einer durch Immissionen bereits hoch vorbelasteten, wertvollen Kultur- und Naturlandschaft Rücksicht nimmt. Der durch die übereilte Bestellung bereits heraufbeschworene finanzielle Schaden darf nicht durch weitere kostenträchtige Aktionen der KMW vor Klärung aller Rechtsfragen mutwillig vergrößert werden. Das führende deutsche Energieunternehmen RWE hat am 22.01.2009 bekannt gegeben, in Westeuropa keine weiteren Kohlekraftwerke mehr zu errichten, da diese Technik durch die von der EU beschlossenen CO₂-Abgaben ab 2014 unwirtschaftlich wird. Die KMW ignoriert diese Fakten - das Risiko für die absehbare Pleite tragen Stromkunden und die kommunalen Eigentümer, also die Steuerzahler, deren parlamentarische Vertreter das Kraftwerk entschieden, aber bisher erfolglos ablehnen.

Die Unterzeichner/-innen sind sich darin einig, dass die veränderte geopolitische Lage im 21. Jahrhundert auch ein grundsätzliches Umdenken in der Energiepolitik erfordert. Die Verstromung fossiler Brennstoffe ist eine Übergangstechnologie und darf nicht für weitere Jahrzehnte als scheinbar unversiegbare Geldquelle kommunaler Haushalte fest eingeplant werden. Vielmehr ist mit dem Verzicht auf das Import-Kohlekraftwerk eine grundsätzliche Neuausrichtung des Unternehmens KMW einzuleiten, die sich an einer nachhaltigen, flexiblen, regionalen Energieversorgung und nicht primär an der zweifelhaften Erwirtschaftung vermeintlich großer Gewinne orientiert. Das sind wir uns selbst, unserer Mitwelt und den Nachfahren schuldig.

Die Stadt Wiesbaden, der BUND, der Rheingau-Taunus-Kreis und andere Institutionen haben bereits angekündigt, gegen diesen Vorbescheid Einspruch und ggf. Klage zu erheben. Sollte kein anderes Mittel mehr helfen, so werden einzelne Unterzeichnende dieser Erklärung auch als betroffene Privatpersonen den Weg vor die Gerichte beschreiten. Um sie hierbei zu unterstützen, ist am 18.12.2008 das „Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V.“ begründet worden, das die in ihm zusammengeschlossenen Privatkläger/-innen und Institutionen finanziell, ideell und organisatorisch stärken wird. Wir rufen alle gleichgesinnten Bürgerinnen, Bürger und Institutionen auf, diese Erklärung ebenfalls zu unterzeichnen und das Bündnis durch ihren Beitritt sowie durch Spenden zu unterstützen.

Ich stimme dieser Resolution zu:

Name ggf. Institution

Straße, PLZ, Wohnort

Ort, Datum Unterschrift

Bitte unterzeichnen und zurücksenden / zurückfaxen an die umseitig angegebene Adresse.

Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V.

- Sie wollen auch kein klimaschädliches Importkohle-Großkraftwerk zwischen Mainz und Wiesbaden?
- Sie haben im letzten Jahr eine Einwendung unterzeichnet oder damals die Gelegenheit verpasst?
- Sie wollen einen Beitrag zu einer lebenswerten, gesunden und zukunftsfähigen Region leisten?



**Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie
Region Mainz Wiesbaden e.V.
Herrn Marc Legg, 1. Vorsitzender
Feldbergstraße 9a
55118 Mainz**

info@buendnis-mainz-wiesbaden.de

**Tel.: 0151 – 27121548
Fax: 0721 – 151300825
Rückantwort bitte
per Fax oder Post!**

Dann werden Sie Mitglied im Bündnis und machen Sie unsere Bewegung stark!

Unterzeichnen Sie bitte den untenstehenden Aufnahmeantrag mitsamt der Abbuchungserlaubnis für den einmaligen Aufnahmebeitrag von 15,- €. Diese Einmalzahlung (kein Jahresbeitrag!) ist bewusst niedrig angesetzt, um allen Interessierten die Mitgliedschaft einkommensunabhängig zu ermöglichen. Um aber unseren Kampf für eine lebenswerte Region, ggf. auch vor den Gerichten, erfolgreich führen zu können, sind wir auf die Spenden und Unterstützung aller angewiesen. Falls Sie also mehr beitragen können und wollen, ergänzen Sie bitte unten Ihren Aufnahmeantrag um eine Spende in beliebiger Höhe. Das Bündnis ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein und sendet Ihnen bei Spenden ab 200,- € am Jahresende gerne eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung zu. Weitere Infos zum Bündnis finden Sie unter www.buendnis-mainz-wiesbaden.de.

Aufnahmeantrag - bitte in Druckbuchstaben!

Institution (nur bei juristischen Personen): _____

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____ PLZ, Ort: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich möchte den Verein **zusätzlich zum Aufnahmebeitrag von 15,00 Euro** fördern (nicht Zutreffendes* bitte streichen):

Einmalig* mit _____ Euro / **pro Quartal*** mit _____ Euro

Mit der Anmeldung erkennt das Mitglied die Satzung des Vereins an.

Die Satzung ist auf der Internetseite www.buendnis-mainz-wiesbaden.de einsehbar.

Ich bin einverstanden, dass Mitteilungen per Newsletter an die genannte Email-Adresse erfolgen.

Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte teilen Sie uns spätere Änderungen der Kontaktdaten und/oder der Bankverbindung mit.

Einzugsermächtigung (für den widerruflichen Einzug des Aufnahmebeitrags und, falls eingetragen, des **zusätzlichen** Förderbeitrages)

Kontoinhaber: _____

Bank: _____

Kontonummer: _____ Bankleitzahl: _____

Ort, Datum: _____ Unterschrift Kontoinhaber: _____

Vorstand des Bündnisses u. V.i.S.d.P.:

1. Vorsitzender: Marc Legg, KoMa; 2. Vorsitzender: Dr. Meinrad von Engelberg, KeKoWi; Schatzmeisterin: Dr. Tilli Reinhardt, Wiesbadener Stadtverordnete (Grüne);
Beisitzer: Nils-Oliver Freimuth, CDU Mainz; Jörg Jordan, SPD Wiesbaden, Staatsminister a.D.; Fritz Kistenpfennig, Mainzer Unternehmer; Andreas Kowol, Bürger aus Walluf;
Carl-Christian Müller, Mainzer Rechtsanwalt; Prof. Dr. Michael Pietsch, Mainzer Stadtrat und Co-Sprecher der Mainzer Ärzteinitiative

Gründungsmitglieder:

Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz e.V. (KoMa); Bürgerinitiative Kein Kohlestrom Wiesbaden (KeKoWi); Einwandergemeinschaft für eine kohlefreie Region; Ärzteininitiativen Mainz und Wiesbaden; BUND Rheinland-Pfalz; Wirtschaftswissenschaftler gegen das Mainzer Kohlekraftwerk; Attac Mainz und Wiesbaden; CDU und Junge Union Mainz; SPD Wiesbaden; Die Grünen Mainz und Wiesbaden; Grüne Jugend und Landesverband RLP; ÖDP/FWG Mainz; Linke Liste Wiesbaden; Bürgerliste Wiesbaden; Klimawissenschaftler des Max-Planck-Instituts Mainz; Arbeitskreis Umwelt Mz.-Mombach; Arbeitskreis Umwelt Wiesbaden; Evangelische Kirche MZ-Mombach; FDP MZ-Mombach

Spendenkonto: **Kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V., Konto: 750 047 011, bei: Mainzer Volksbank eG, BLZ: 551 900 00**